



Landtags- und Gemeinderatsklub Wien

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der Landtagsabgeordneten Ing. Christian Meidlinger, Franz Ekkamp, Dr. Kurt Stürzenbecher und GenossInnen zu Post 9 betreffend öffentliche Dienstleistungen, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28.6.2007.

Die Lebensqualität in Städten hängt wesentlich davon ab, ob und in welchem Maße die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt werden. Die Aussicht auf Arbeit und Einkommen zieht Menschen in die Städte. Qualität bekommt das Leben aber erst durch eine schöne, erschwingliche Wohnung in möglichst grüner Umgebung, funktionierende Verkehrsverbindungen, eine verlässliche und preiswerte Energie- und Wasserver- bzw. Abwasser- und Müllentsorgung, gute Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in der Nähe, Spitzenmedizin und Soziale Dienste oder ein vielfältiges und leistbares Freizeit- und Kulturangebot.

Wien holte im Laufe des 20. Jahrhunderts viele Dienstleistungen aus einer in jeder Hinsicht desaströsen reinen Profitlogik. Es wurden international herausragende Leistungen im kommunalen Wohnbau, soziale, Kinderbetreuungs- und Gesundheitseinrichtungen geschaffen, die das Leben der Menschen nachhaltig verbesserten. Das sehr gute „Funktionieren“ der Stadt ist bis heute ein wesentlicher Grund, weshalb die Bevölkerung Wiens der Stadt- und Landesregierung hohes Vertrauen entgegenbringt.

Die Politik der Europäischen Kommission zielt allerdings seit einiger Zeit auf weitreichende Liberalisierungen möglichst aller Dienstleistungsbereiche - ungeachtet bereits vielfacher negativer Erfahrungen. Auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird vorangetrieben.

Etliche europäische Gebietskörperschaften sahen im Lukrieren von Privatisierungserlösen und Kosteneinsparungen bei der Erbringung kommunaler Leistungen die einzige Möglichkeit zur Sanierung ihrer maroden Finanzen. Wien ist dank einer über die Jahrzehnte verantwortungsvollen und erfolgreichen Finanz- und Wirtschaftspolitik glücklicherweise nicht in einer solchen Situation.

Wien hat es stets als die Pflicht der gewählten Verantwortlichen gesehen, für ein Funktionieren kommunaler Leistungen zu sorgen und auch die Verantwortung dafür zu übernehmen. Dieser Verantwortung kann man am besten nachkommen, wenn einem auch die Kontrollmöglichkeiten des Eigentümers zur Verfügung stehen. Dieser Zwang zur Legitimation ist ein ganz zentraler Aspekt bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen.

Wien hat sich deswegen auch verschiedenen Umstrukturierungsmaßnahmen seiner öffentlichen Dienstleistungen nie entzogen. Durch die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke wurde auf die geänderten rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen reagiert und gleichzeitig die Versorgungsleistung nicht nur sichergestellt, sondern auch für die Zukunft fit gemacht. Auch die organisatorischen Änderungen beim Wiener Wohnen, bei den Museen und anderen Bereichen beweisen, dass Wien keineswegs strukturkonservativ ist. Was es allerdings nicht geben soll, ist die Sozialisierung von Verlusten und die Privatisierung von Gewinnen.

In den Diskussionen auf europäischer Ebene wird immer wieder auf die Bedeutung regionaler und lokaler Gebietskörperschaften hingewiesen, der Gedanke der Subsidiarität erfährt breite Unterstützung. Wien unterstützt das nicht nur. Es war die Initiative Wiens und einer Reihe von anderen Städten, die innerhalb der Europäischen Union etwa auf die großen Probleme durch eine Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs hingewiesen hat. Dieser Einsatz hat, wenn schon nicht zu einem vollkommenen Umdenken, so doch zu wesentlich mehr Realismus seitens der Europäischen Kommission geführt.

Die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit dem europäischen Projekt wird nur dann steigen, wenn einerseits die Vorteile der wirtschaftlichen Einheit erkennbar sind, andererseits aber auch die Bedeutung und die Besonderheiten lokaler und regionaler Einheiten weiterhin spürbar und im politischen Entscheidungsprozess relevant sind.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag bekennt sich dazu, dass es Aufgabe des Landes und der Stadt Wien ist, der Bevölkerung Wiens ein breites, gut funktionierendes Angebot öffentlicher Dienstleistungen bereitzustellen, welche für das Leben der Menschen wichtige Leistungen zu erschwinglichen Preisen erbringen. Es sind das insbesondere die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, die Abfallbeseitigung und Straßenreinigung, der Personennahverkehr, die Bereitstellung von Energie und von leistbaren Wohnungen, die Bereitstellung von Kinderbetreuungs-, Bildungs-, sozialen, kulturellen und Gesundheitsdienstleistungen.

Wien lehnt eine Privatisierung solcher Dienstleistungen, welche die Versorgung der Bevölkerung privaten Profitinteressen aussetzen würde, entschieden ab, ist aber offen gegenüber neuen Formen wie z.B. Kooperationen mit privaten Einrichtungen etwa im Bereich der Pflege mit Sozialdiensten, Volkshilfe oder Caritas.

Gleichzeitig bekennt sich Wien zum Gebot der Sparsamkeit und des effizienten Ressourceneinsatzes bei öffentlichen Diensten. Gegebene Qualitäts-, Sozial- und Beschäftigungsstandards müssen dabei beachtet werden. Das Ziel ist, öffentliche Dienstleistungen so qualitativ zu erhalten, dass sich Diskussionen über Liberalisierung und Privatisierung erübrigen, weil hohe Zufriedenheit damit gegeben ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.6.2007

Handwritten signatures of several individuals, including names like 'Stussbacher', 'Zak', and 'Kreber'.